

KLIMAZEIT

FRÜHJAHR 2008 • GRÜNE KLIMAZEITUNG



Klimaschutz beginnt vor Ort

In den Kommunen machen Grüne Klimaschutz konkret

Konsequenter Klimaschutz ist ohne aktive Städte und Gemeinden nicht möglich. Tag für Tag werden dort Entscheidungen getroffen oder für das Klima getroffen: Stadtwerke, die auf Ökostrom umsteigen, kommunale Wohnungen, die energetisch saniert werden oder Investitionen in klimafreundliche Verkehrsprojekte. Seit Jahren beweisen Grüne vor Ort, dass kommunaler Klimaschutz machbar ist und sich rechnet. Um mehr davon durchzusetzen, suchen wir Bündnispartner. Wir wollen gemeinsam mit Verbrauchern, Wirtschaft, Handwerk, Wissenschaft und Umweltverbänden eine echte Bürgerbewegung für den Klimaschutz in Gang bringen. Wir zeigen hier an einigen Beispielen, wie grüner Klimaschutz vor Ort funktioniert. Nachmachen ist erwünscht!

→ Erneuerbare Energien in Bielefeld

Einen besonderen Erfolg für den Klimaschutz können wir Grüne in Bielefeld verbuchen: Nachdem 2007 der Neubau eines Kohlekraftwerks auf unsere Initiative hin gestoppt wurde, kündigten die Stadtwerke Ende März 2008 an, rund 23 Millionen Euro in Erneuerbare Energie investieren zu wollen.

www.gruene-bielefeld.de

→ Klimabündnis in München

Unter Federführung des grünen Umwelt-Bürgermeisters Hep Monatzeder wurde im November 2007 in der bayrischen Landeshauptstadt das Bündnis »München für Klimaschutz« ins Leben gerufen. So wollen die Grünen ein breites Bündnis aus Wirtschaft und Akteuren der Stadtgesellschaft für den Klimaschutz gewinnen.

www.muenchenfuerklimaschutz.de

→ Gegen Kohlekraftwerk in Lubmin

Eine von uns Grünen mitinitiierte Volksinitiative gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin läuft auf Hochtouren. In nur sieben Wochen waren die notwendigen 15.000 Unterschriften gesammelt. Damit steigen die Chancen, den Bau eines Klimakillers in einer der beliebtesten Tourismusregionen Deutschlands noch zu stoppen.

www.volksinitiative-lubmin.de

→ Tübingen macht blau

Der grüne Oberbürgermeister in Tübingen, Boris Palmer, hat ehrgeizige Klimaschutzpläne: Bis 2020 soll der jährliche CO₂-Verbrauch der Tübingen auf 3 Tonnen

pro Kopf reduziert werden. Dafür sollen unter anderem alle kommunalen Gebäude energetisch saniert und die Bürger der Stadt mit der Kampagne »Tübingen macht blau« mobilisiert werden.

www.boris-palmer.de

→ Solare Baupflicht in Marburg

In Marburg wollen die Grünen solarthermische Anlagen zur Wärmegewinnung auf allen neuen und sanierten Dächern zur Pflicht machen. Bürgermeister Franz Kahle will damit nicht nur beim Klimaschutz vorangehen, sondern auch das lokale Handwerk einbinden.

www.gruene-marburg.de

→ Tempolimit in Bremen

Mit rot-grüner Mehrheit beschloss der Bremer Senat im Januar die Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h auf Bremer Autobahnen. Damit übernimmt das Bundesland eine Vorreiterrolle für den Klimaschutz in Deutschland.

www.gruene-fraktion-bremen.de

→ Keine Heizpilze in Berlin

In Berlin streiten wir Grüne gegen eine besonders unsinnige Gewohnheit: Heizpilze vor Gast-

stätten und Cafés sind hochgradig ineffizient – wie auch der Berliner Senat auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen einräumen musste. Die grüne Fraktion empfiehlt bei kühlen Temperaturen daher eine warme Decke oder Kuscheln mit dem Nachbarn.

www.gruene-fraktion-berlin.de

→ Grüne Messe in Düsseldorf

Unter dem Motto »Ökologisch investieren – Geld sparen – Geld verdienen« präsentierten sich 2007 rund fünfzig Aussteller aus Handel, Handwerk, Produktion und Dienstleistung auf der »Grünen Messe« in Düsseldorf. Mehr als 1500 Besucher informierten sich über ihre Möglichkeiten zum Klimaschutz. Die nächste Messe findet vom 21. bis 22. Juni 2008 statt.

www.gruene-messe.de

→ OWL ist Erneuerbar

Gleich eine ganze Region wollen wir in Nordrhein-Westfalen auf Erneuerbare Energien umstellen. In Ostwestfalen-Lippe (OWL) werben grüne Klimaschützer mit Best-Practice-Touren und Klima-Seminaren zugleich für die wirtschaftlichen Chancen für die Region.

So nicht!

Statt die versprochene »Weichenstellung für Jahrzehnte« umzusetzen, steht die Bundesregierung auf der Bremse und schreibt Klimaschutz klein. Ob beim Klimakiller Kohle, im Verkehrsbereich oder bei der Energieeinsparung – Klimaschutz buchstabiert sich anders.

..... Seite 2

So geht das.

Es muss ohne Kohle gehen und es wird ohne Atom gehen. Bündnis 90/ Die Grünen sind es, die die Konzepte für eine Zukunft ohne Klimakiller und Hochrisikotechnologie, aber mit Erneuerbaren Energien, nachhaltiger Verkehrspolitik und grüner Marktwirtschaft haben.

..... Seite 3

So einfach:

Klimaschutz fängt im Kleinen an. Jeder kann etwas tun, jeden Tag. Und Energiesparen freut nicht nur das Klima, es spart auch Kosten. Die Grüne Klimazeitung gibt Alltagstipps von Ökostrom über Energieeffizienzklasse A++ und Energiesparlampen bis hin zum cleveren Heizen.

..... Seite 3



Mach den Klima-Test!

Du fährst immer mit dem Rad, wohnst hinter perfekt gedämmten Wänden und isst nur einmal die Woche Fleisch? Du willst mehr für den Klimaschutz tun, weißt aber nicht wie? Dir war Klimaschutz bisher egal und nun kommst du ins Grübeln?

Der grüne Klimatest auf www.gruenes-klima.de verschafft Dir Gewissheit. Dich erwarten spannende Fragen, Klimaschutztipps und die Chance auf ein tolles Klimaschützer-Shirt. Außerdem immer die aktuellsten Klima-Nachrichten, ein Klimablog und interaktive Klima-Karten.

Mach auch Du den Klimatest:
www.gruenes-klima.de

Umschalten auf Ökostrom!

Mehr als hunderttausend Kunden sind 2007 auf Ökostrom umgestiegen. Auch Du kannst so ganz einfach das Klima schützen und den Atom- und Kohlekonzernen die rote Karte zeigen!

In vielen Kommunen ist Ökostrom günstiger als Strom aus fossilen Energieträgern. Eine Liste der Verbraucherzentrale zeigt die jeweils günstigsten Ökostromangebote in den 100 größten Städten (www.verbraucherzentrale.de/stromwechsel). Das Verbraucherportal www.verivox.de hilft beim Strompreisvergleich. Einen übersichtlichen Preisvergleich nach Haushaltsgrößen bietet das Freiburger Öko-Institut unter www.ecotopten.de.

Wichtig ist, einen unabhängigen Anbieter zu wählen, der in neue Wind-, Wasser-, Solar- oder Biomassekraftwerke investiert und nicht aus der etablierten Stromwirtschaft stammt. Eine gute Orientierung geben die deutschen Umweltverbände unter www.atomausstieg-selber-machen.de.



Generell gilt: Der Wechsel ist denkbar einfach und unkompliziert. Deshalb jetzt Umschalten!

Handwerk hat grünen Boden

Ob bei der Sanierung von Häusern, beim Austausch von Heizungen oder bei der Wärmedämmung: Energieeffizienz und Klimafreundlichkeit werden beim Bauen und Wohnen immer wichtiger. Das ist gut für den Klimaschutz und gut für das Handwerk. Wo Solartechnik oder Energieeffizienz wichtiger werden, bietet sich dem Handwerk ein enormer Wachstumsmarkt. Hier entstehen Arbeitsplätze und werden angesichts der Jahrhundertaufgabe Klimaschutz auf lange Zeit gesichert. Dies stärkt vor allem regionale Wirtschaftskreisläufe. So profitieren das Handwerk, die Region und das Klima.

Wichtiger strategischer Partner

Für uns Grüne ist das Handwerk daher ein wichtiger strategischer Partner beim Klimaschutz und beim Aufbau einer grünen Marktwirtschaft. »Handwerk hat grünen Boden« heißt die Kampagne, mit der wir um das Handwerk als Bündnispartner werben. Vor Ort, auf Handwerks-Touren und auf Messen suchen wir das Gespräch mit Handwerksunternehmen, -kammern und -verbänden. Wie in Berlin haben sich daraus vielerorts bereits vielversprechende Initiativen ergeben. Hier trafen sich im März 2008 bei den »Steglitz-Zehlendorfer Wirtschaftsgesprächen« Grüne mit mittelständischen Unternehmern, um sich über die Schnittstellen von Handwerk und Klimaschutz auszutauschen. Auch zukünftig wollen wir Grüne solche Plattformen für den Dialog stellen, um das Handwerk als Partner zu gewinnen.

Impressum

Herausgegeben von:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesverband
V.i.S.d.P.: Robert Heinrich
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Telefon: 030 - 28 44 20
info@gruene.de, www.gruene.de

Redaktionsschluss: 3. April 2008
Konzept und Gestaltung:
KOMPAKTMEDIEN –
Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin
Druck:
Druck- und Verlagszentrum Hagen-Bathey

Kommando zurück?

Große Koalition schreibt Klimaschutz klein

Für den Klimaschutz war 2007 das Jahr der Erkenntnis. Selbst bei Angela Merkel. 2008 sollte das Jahr der Taten werden – hier bleibt die Bundesregierung bisher jedoch weit hinter dem Erforderlichen zurück. CDU/CSU und SPD verfehlen die selbstgesteckten Klimaziele bei weitem.

Das Integrierte Klima- und Energieprogramm (IKEP) der Bundesregierung sollte eine »Weichenstellung für Jahrzehnte« werden. Im Ergebnis reichen die dort beschlossenen Maßnahmen nicht einmal aus, um die unzureichenden Klimaziele, die sich Schwarz-Rot selbst gesetzt

hat, zu erfüllen. So verkündete die Bundesregierung ein Einsparziel von 270 Millionen Tonnen CO₂. Wie eine Greenpeace-Studie zeigt, würden mit den versprochenen Maßnahmen aber nur etwa 160 Millionen Tonnen eingespart. Und nicht einmal diese werden erreicht, weil immer neue Steine aus dem Gesetzeswerk herausbrechen.

So fehlen Kanzlerin Merkel und Bundesumweltminister Gabriel durch das Scheitern der geplanten Strategie zur Beimischung von Agrartreibstoffen zusätzlich etliche Millionen Tonnen CO₂-Einsparung.

Den angestrebten Anteil von Strom aus der hocheffizienten Kraft-Wärme-Koppelung (KWK) von 25 Prozent wird die Regierung wegen mangelhafter Förderung um mindestens 6 Prozent verfehlen.

Biodiesel-Pleite

Fehlansage auch bei der Wärmedämmung in Gebäuden: Obwohl durch Gebäudewärme ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen verursacht wird, verschleppt Schwarz-Rot wirksame Weichenstellungen. Das Wärmegesetz für Erneuerbare Energien etwa gilt nur für Neubauten, der Pflichtanteil für

Erneuerbare Energien steht wegen der vielen Ausnahmeregelungen lediglich auf dem Papier. Die für den Klimaschutz besonders wichtige Verkehrspolitik liegt nach der Biodiesel-Pleite brach. Die lange angekündigte Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis kommt nicht vorwärts. Die Einführung eines bundesweiten Tempolimits verweigert die Bundesregierung gegen den Willen der Bevölkerung. Der CO₂-Ausstoß von Neuwagen soll nach ihrem Willen bis 2012 nur auf 130 Gramm pro Kilometer beschränkt werden. Angela Merkel hat im Sinne der Autolobby persönlich dafür gesorgt, dass der ursprüngliche EU-Vorschlag von 120 Gramm verworfen wurde. Dabei liegen die klimafreundlichen Modelle schon heute unter 130 Gramm.

Klimakiller privilegiert

Regelrecht klimafeindlich agiert die Bundesregierung durch die Förderung des Klimakillers Kohlekraft. Nicht nur dulden Merkel und Gabriel die Pläne zum Neubau von etwa 30 neuen Kohlekraftwerken, die CO₂-Einsparungen von bis zu 140 Millionen Tonnen pro Jahr auffressen würden. Sie fördern diese Vorhaben sogar, indem sie Kohlekraftwerke beim Emissionshandel privilegieren.

Fazit: Nach dem inszenierten Aufbruch des letzten Jahres schreibt die Große Koalition den Klimaschutz ganz klein. Wir Grüne machen Druck, damit den Worten endlich angemessene Taten folgen.



Foto: full/photocase.de

Bürgerbewegung gegen den Klimakiller

Der Protest gegen Kohlekraft wächst – und ist in immer mehr Fällen erfolgreich

Kohleverbrennung ist die klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. Gegen den Bau von bis zu 30 neuen Kohlekraftwerken formiert sich daher seit einem Jahr bundesweit der Widerstand. Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Grüne fordern ein Kohle-Moratorium und machen gegen die Klimakiller mobil.

Mit Erfolg: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger schließen sich den Protesten an, der in zahlreichen Fällen auch Früchte trägt.

In Bremen konnten wir den Bau eines neuen Kraftwerks verhindern. Im saarländischen Ens Dorf

wurde ein Kraftwerk durch eine Bürgerbefragung gestoppt – nachdem über 70 Prozent der Bürger gegen den Klimakiller stimmten, zog RWE sein Vorhaben zurück. Und in Brandenburg ist die von uns Grünen mitinitiierte Volksinitiative gegen neue Braunkohletagebaue ein Erfolg – die nötigen 20.000 Unterschriften wurden innerhalb weniger Monate gesammelt. Nun setzen wir auf ein Volksbegehren.

In Brunsbüttel regt sich ebenfalls Widerstand: Zwar soll 2009 das Atomkraftwerk endlich abgeschaltet werden, dafür sind gleich drei neue Kraftwerke geplant. Eine neu

gegründete Bürgerinitiative macht mobil und brachte Mitte März bei einer Demonstration hunderte Bürger auf die Straße.

In Mainz und Wiesbaden bekehrte der Anti-Kohle-Protest selbst die CDU: 58.000 Einwendungen übergaben die Bürgerinitiativen den Behörden. Danach musste die rheinland-pfälzische CDU auf einem Sonderparteitag die Kehrtwende gegen die Kohle vollziehen – eine Sensation. Und auch am Standort Staudinger ist der Widerstand auf Erfolgskurs: E.on-Chef Bernotat spekuliert inzwischen öffentlich darüber, dass der Bau

eines neuen Kraftwerks gegen den Willen der Bevölkerung wohl nicht durchzuhalten sei.

Wir Grüne wollen den Bau neuer Kohlekraftwerke in Deutschland mit aller Kraft verhindern. Denn die jährlich rund 140 Mio. Tonnen CO₂ zusätzlich, welche die Klimakiller nach Berechnungen von Greenpeace ausstoßen würden, kann unser Klima nicht verkraften.

Wo sind die Klimakiller geplant, wo organisiert sich Widerstand? Das zeigt die Kohlekarte auf www.gruenes-klima.de

Gehen ohne Atomstrom die Lichter aus?

Das Märchen von der Versorgungslücke

Die Ängste vor einer Versorgungslücke werden von den Energiekonzernen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe mit kräftiger Unterstützung von Bundeswirtschaftsminister Glos bewusst geschürt, um den Ausstieg aus der Atomenergie hinauszuzögern.

Diese Konzerne besitzen über 80 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten und arbeiten trickreich. Unter anderem steuern sie ihre Atomkraftwerke so gezielt, dass die im Atomgesetz vermerkten Reststrommengen noch bis über die nächste Bundestagswahl hinaus reichen – in Hoffnung auf eine atomfreundliche Mehrheit im Bundestag.

Dabei sichert nicht Atomkraft eine sichere Stromversorgung, sondern der Umstieg auf Einsparung und Erneuerbare Energien. Nur wer hier zögert und trickst, beschwört eine Versorgungslücke herbei, zumal die Monopolkonzerne tatsächlich die Macht besitzen, eine Stromlücke zu erzeugen – ein Grund mehr, das Energiekartell zu zerschlagen.

Mit ihrem sturen Beharren auf den Neubau zentraler Großkraftwerke auf Kohlebasis sowie Laufzeitverlängerungen der AKW beschwören Energiekonzerne und Bundesregierung selbst die Stromlücke herauf.

Diese Dinosaurier-Strategie aus den 70er-Jahren ignoriert zentrale Gefahren der Energiepolitik: Klimawandel, Preisexplosion beim Öl, Krebsrisiko durch Atommeiler, Terrorgefahr und die nach wie vor ungelöste Endlagerfrage.

Basierend auf wissenschaftlichen Arbeiten zeigen Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Konzept »Energie 2.0«: Atomkraft ist ebenso verzichtbar wie der Neubau von Kohlekraftwerken, Klimaschutz und Versorgungssicherheit gehen Hand in Hand. Noch immer verbrauchen wir vor allem zu viel Strom. Wir wollen daher mit einer

Effizienzrevolution den Stromverbrauch drastisch senken, bis 2020 um rund 15 Prozent. Um den übrigen Strombedarf zu decken, schlagen wir für das Jahr 2020 folgenden Energie-Mix vor: Rund vierzig Prozent sollen die Erneuerbaren Energien beitragen, dreißig Prozent die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung – hier wird die bei der Stromerzeugung entstehende Wärme effektiv mitgenutzt – und nur noch dreißig Prozent fossil befeuerte Kraftwerke auf Gas oder Kohlebasis. So sorgt grüne Energiepolitik für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und geringere Energiekosten.

Der Weg aus der CO₂-Falle

Grüne Projekte für konsequenten Klimaschutz



Foto: picture-alliance/united-archivs/impphoto

Der Weg aus der CO₂-Falle führt nur über einen konsequenten Sinnes- und Politikwandel. Wir Grüne haben dafür Klimaschutzkonzepte entwickelt, die weitgehend, umfassend und realistisch sind. Damit ist die notwendige Reduktion der Treibhausgase um 40 Prozent gegenüber 1990 zu schaffen – und zwar ohne Atomkraft. Hier die wichtigsten grünen Projekte:

100 Prozent Erneuerbare Energien

Voraussetzung für eine realistische Klimapolitik ist eine neue Energieversorgung. Mit dem Konzept der Bundestagsfraktion »Energie 2.0« zeigen wir Grüne, wie der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien in nur wenigen Jahrzehnten gelingt: Als Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung und -verteilung schlagen

wir ein europäisches Gleichstrom-Fernübertragungsnetz vor. Von öffentlicher Hand betrieben, soll es zugleich die Macht der Energiekonzerne beschränken. Wir wollen das Strom-Kartell beseitigen, um eine dezentrale ökologische Energieversorgung zu ermöglichen. Ein Kohle-Moratorium soll den Neubau von Kohlekraftwerken stoppen, denn diese Klimakiller stoßen über Jahrzehnte CO₂ aus. Auch die Hochrisikotechnologie Atom ist kein Ausweg. Wir wollen vielmehr das unter Rot-Grün durchgesetzte Erneuerbare-Energien-Gesetz noch weiter verbessern und ein ähnliches Gesetz für den Wärmebereich entwickeln. Wir setzen auf die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, hohe Effizienzstandards für Elektrogeräte, den Einbau intelligenter Stromzähler und auf umfassende Gebäudesanierung.

Ökobonus

Die Ökosteuer ist ein rot-grünes Erfolgsprojekt: Klimaschädliches Verhalten wird sanktioniert und zugleich werden die Lohnnebenkosten gesenkt. Wir Grüne diskutieren daher über die Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform (Stichwort »Ökobonus«), um Verbraucher fürs Energiesparen zu belohnen: Wer wenig verbraucht, profitiert, wer viel verbraucht, zahlt. Da Haushalte mit hohem Einkommen im Schnitt die Umwelt stärker belasten, kommt der Ökobonus so vor allem Haushalten mit niedrigem Einkommen zugute und verbindet ökologische mit sozialen Anliegen.

Grüne Mobilität

Der Verkehr ist für einen erheblichen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Lärm und Feinstaub, Flächenverbrauch und Verkehrs-

unfälle beeinträchtigen unsere Lebensqualität zusätzlich. Daher gilt: Mobilität muss grün werden. Wir kämpfen für die Einführung eines allgemeinen Tempolimits und gegen die Subventionierung spritfressender Dienstwagen. Ob mit verbessertem öffentlichen Nahverkehr, Rad- und Fußwegen oder City-Maut – im Fokus grüner Verkehrspolitik steht die Suche nach Alternativen zum Auto. Wir setzen auf günstigen Schienenverkehr und ein integriertes Bahnkonzept statt Privatisierung. Im Bereich umweltschonender Automobiltechnik wollen wir ein Marktanzreizprogramm für eine Million Ökostromfahrzeuge entwickeln. Und mit dem »Green Car Concept« legt die grüne Bundestagsfraktion ihre Vision eines möglichst klimaneutralen Autos vor.

Klimaschutz = Artenschutz

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Kernaufgabe für den Klimaschutz und für das Überleben unseres Planeten. Doch täglich sterben weltweit rund 150 Tier- und Pflanzenarten aus, allein in Europa sind heute 45 Prozent der Schmetterlings- und 38 Prozent aller Vogelarten vom Aussterben bedroht. Dabei stellt der Klimawandel eine der Hauptbedrohungen für die Artenvielfalt dar. Wir Grüne haben deren Schutz daher als eines unserer Leitprojekte für eine Neue Ökologische Politik bestimmt und wollen mit einem europäischen Biotopverbund ein »Grünes Netz für Europa« schaffen. Wir wehren uns gegen die Monopolisierung der biologischen Vielfalt durch Biopatente und Biopiraterie und setzen konsequent auf biologischen Landbau, nachhaltige Kriterien für den Anbau von Agrartreibstoffen sowie die Umstellung der EU-Agrarförderung auf ökologische Kriterien.

Sonne, Wind und Punk

Mit einer Veranstaltungsreihe will die Heinrich-Böll-Stiftung den Klimaschutz auf die Bühne holen.

Klimaschutz und Kultur verbinden – das möchte die Heinrich-Böll-Stiftung mit der Veranstaltungsreihe »Sonne, Wind und Wir«. In 13 Orten quer durch Deutschland finden deshalb vom 6. Juni bis zum 20. September 2008 Veranstaltungen statt, die über die Probleme und die Handlungsmöglichkeiten angesichts des Klimawandels aufklären. Klimaexperten und Politiker, Kabarettisten, Theaterleute und zahlreiche Bands gehen hierfür gemeinsam auf Reisen. Die Heinrich-Böll-Stiftung möchte damit ein »politisches Gesamtkunstwerk« schaffen, den Klimaschutz als selbstverständlichen Teil einer modernen Lebenskultur etablieren und so aus Worten gute Taten machen.

Die verschiedenen Veranstaltungen finden beispielsweise in München, Berlin, Westerland, Halle und Rostock statt. Neben Rainer von Vielen, dessen Musik zwischen Punk und Hip Hop angesiedelt ist, haben unter anderem Johanna Zeul und die Dresdner Gruppe Polarkreis zugesagt. Weitere Bands sind angefragt. Die Tour will alle einbeziehen, die für Umweltfragen offen sind, kulturell interessiert und fortschrittsorientiert.

Kooperationspartner der Klimatour sind unter anderem der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Karten für die Veranstaltungen gibt es bei den jeweiligen Vorverkaufsstellen vor Ort.

Weitere Informationen online ab dem 15. Mai 2008: www.boell.de
Kontakt: Michael Stognienko, Telefon 030-28 53 42 41, Email: klimatour@boell.de

Verbrauchertipps: Klimaschutz im Alltag

- Der Wechsel zu Ökostrom ohne Kohle und Atom ist einfach und spart oft sogar noch Geld. Mehr Infos: www.atomausstieg-selber-machen.de
 - Autos sind CO₂-Großproduzenten. Jeder nicht gefahrene Auto-Kilometer spart rund 0,4 kg CO₂. Mehr Infos: vorort.bund.net/klimaschutz
 - Flugverkehr ist ein Klimakiller. Wer unbedingt fliegen muss, sollte Projekte unterstützen, die entsprechende Mengen CO₂ einsparen. Mehr Infos: www.atmosfair.de
 - Beim Neukauf eines Kühl- oder Gefriergeräts ein Gerät der Effizienzklasse A++ wählen. Für Waschmaschinen gilt: Je geringer Temperatur und Waschkdauer, desto weniger Strom wird verbraucht. Nur für stark verschmutzte Wäsche braucht man mehr als 40°C. Und: Das Trommelvolumen voll nutzen. Mehr Tipps: www.spargeraete.de
 - Viele Gebäude verlieren ein Drittel der Heizwärme durch schlecht gedämmte Außenwände. Stoßlüften spart Heizenergie gegenüber dauerhaft gekippten Fenstern. Nachts die Heizung nicht abschalten, nur herunterregulieren. Ein ausgekühlter Raum benötigt bei erneuter Erwärmung einen höheren Heizwasserdurchfluss. Mehr Infos: www.energieverbraucher.de
 - Ohne den Modus »Stand-by« an Elektrogeräten würde Deutschland zwei Großkraftwerke sparen. 70 Prozent seines Stroms verbraucht ein Computer im »Stand-by«-Modus. Elektrische Geräte immer vollständig ausschalten – mit einer ausschaltbaren Mehrfachsteckdose ist das besonders leicht.
 - Der Austausch einer herkömmlichen Glühbirne durch eine Energiesparlampe spart pro Jahr 65 Kilogramm CO₂.
- Mehr Tipps: www.gruenes-klima.de, www.verbraucherzentrale-energieberatung.de, www.greenpeace-magazin.de

Bioenergien, aber richtig

Agrartreibstoffe können Klimaschutz im Verkehr nicht ersetzen

Energie aus nachwachsenden Rohstoffen ist ein wichtiger Baustein jeder ernst zu nehmenden Klimastrategie. Allerdings warnen Umweltverbände und Grüne massiv davor, dass »Biodiesel« nicht zwangsläufig gleich »ökologisch« ist. Das muss nun auch die Bundesregierung lernen. Am 4. April musste die Bundesregierung ihre Pläne beerdigen, sich mit Hilfe der Zwangsbeimischung von »Biodiesel« um wirksamen Klimaschutz im Verkehr zu drücken. Auch die Auto-Lobby forderte dies – um Kosten für wirklich effiziente Fahrzeuge zu sparen. Dass Grüne und Umweltverbände vor dem nicht nachhaltigen Anbau der Treibstoffe warnen, ignorierte Umweltminister Gabriel lange Zeit und gab seinen verfehlten Kurs erst nach einem ADAC-Report über die sozialen Folgen des Beimischungszwangs auf. Gescheitert ist damit zu Recht auch die Illusion, Agrartreibstoffe seien das Allheilmittel einer ökologischen Verkehrspolitik.

Klimafreundliche Bioenergien müssen nachhaltig gewonnen werden. Hieran scheitert die Politik der Bundesregierung, denn der

hohe Beimischungsanteil ließe sich nur mit Rohstoffen aus nicht nachhaltigem Anbau erreichen. Diese stammen häufig aus Soja- oder Palmöl-Monokulturen, für die in Amazonien oder Indonesien täglich Urwaldflächen gerodet werden. Nicht nur, dass die Flächen dringend zur Nahrungsmittelproduktion benötigt werden. Die Rodung setzt auch viel mehr CO₂ frei, als die Nutzung der Treibstoffe einspart. Vernichtet werden zudem einzigartige Ökosysteme und Tausende von Arten. Wir Grüne lehnen daher den Import nicht nachhaltiger Bioenergien ab.

Deutlich effizienter als die Verwendung von Getreide oder Raps als Treibstoff ist die Verbrennung von Stroh, Restholz oder Gülle in effizienten Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung. Deshalb fordern wir Grüne eine Neuausrichtung der deutschen Bioenergiepolitik. Wer den Klimawandel bremsen will, kommt um die Senkung des Treibstoffverbrauchs nicht vorbei. Will Angela Merkel klimapolitisch glaubwürdig werden, muss sie statt für den Beimischungszwang für effizientere Fahrzeuge und für ein generelles Tempolimit eintreten.



Foto: picture-alliance/dpa

Welchen Unterschied macht Grün?

Initiativen für den Klimaschutz in Dublin, Prag, Riga und in Helsinki



Foto: Petter Muff-Eye/photocase.de

In Irland, Finnland, Tschechien und Lettland sind Grüne an der Regierung beteiligt. Doch hat dies Einfluss auf die Klima- und Energiepolitik dieser Länder? Ein Blick über die Grenzen zeigt: Grüne stoßen wichtige Vorhaben an und ergreifen Initiative für den Klimaschutz.

Energieeffizienz in Irland

In Irland etwa führen die »Comhaontas Glas« seit 2007 die Mi-

nisterien für Umwelt, Energie und Ernährung. Die Grünen rangen ihren Koalitionspartnern das Vorhaben ab, den CO₂-Ausstoß jährlich um 3 Prozent zu senken. Der Koalitionsvertrag zwischen Grünen, Konservativen und Liberalen sieht hierzu eine ökologische Kfz-Steuer vor. Außerdem soll ein 100-Millionen-Euro-Förderprogramm die Energie-Effizienz insbesondere von Gebäuden voranbringen.

Firmen, die in Energiesparmaßnahmen investieren, genießen Steuervorteile. Unternehmen, Schulen und Krankenhäuser, die auf Biomasse-Heizung umstellen, sollen Zuschüsse erhalten. Die Förderung für Offshore-Windkraft wurde erst kürzlich von 57 Euro pro Megawattstunde auf 140 Euro erhöht.

Grüne Strategien für Lettland und Finnland

In Lettland setzen die grünen Minister Raimonds Vejonis (Umwelt) und Martins Roze (Landwirtschaft) den Klimaschutz auf die Tagesordnung. Die Vierparteien-Regierung legte 2005 ein Programm vor, um den Ausstoß von Treibhausgas auf unter 92 Prozent des Niveaus von 1990 zu senken.

Bis 2010 sollen hierzu die Energieeffizienz erhöht, der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und der Anteil Erneuerbarer Energien gesteigert werden. Die Grünen legen mit ihrer aktuellen Strategie zur Energieversorgung strenge Nachhaltigkeitskriterien für den Anbau von Biomasse fest. Sie wollen außerdem den ökologischen Landbau voranbringen, ein klimafreundliches Abfallsystem einführen und die jeweils ökologischsten Technologien fördern.

In Finnland sind Grüne seit 2007 für die Ressorts Justiz sowie Arbeit und Energie verantwortlich und geben hier wichtige Anstöße für den Klimaschutz. So sollen der Anteil Erneuerbarer Energien und der Anbau von Agrartreibstoffen steigen. Die Internationale Energieagentur (IEA) legte in ihrem Jahresbericht Ende März die Lat-

te allerdings hoch: Finnland muss seine Anstrengungen bei der Energieeffizienz deutlich verstärken, bis 2020 sind mehr als 50 Terrawattstunden jährlich einzusparen.

Seit vorigem Jahr existiert in Finnland zudem die Position des »Spezialisten für klimapolitische Belange«, die direkt im Büro des Premierministers angesiedelt und mit dem Grünen-Abgeordneten Oras Tynkkynen besetzt ist. Zu den Aufgaben des 30-jährigen gehört unter anderem die Ausarbeitung eines Berichts zur künftigen Klima- und Energiepolitik.

CO₂-Steuer in Tschechien

Und auch in Tschechien trägt die grüne Regierungsbeteiligung erste Früchte. Nicht nur will Umweltminister Martin Bursik die EU-Maßnahmen konsequent umsetzen, auch investierte das Land allein 2007 rund sechs Milliarden Euro aus europäischen Töpfen in den Umweltschutz. »Flaggschiff« der tschechischen Klimapolitik aber ist eine Ökosteuer, welche seit 2007 auf die Nutzung von Kohle und Erdgas erhoben wird. Bursik lässt zudem derzeit eine Steuer auf CO₂ prüfen, die bis 2012 eingeführt werden soll.

Auch mit symbolischen Maßnahmen wirbt der grüne Minister für Klimaschutz in Tschechien: Im Umweltministerium leuchten Energiesparlampen, der Fuhrpark der Regierung soll nur noch klimafreundliche Wagen umfassen. Derzeit bereitet sich Bursik vor allem auf die Klimakonferenz in Kopenhagen vor: Im ersten Halbjahr 2009 wird Tschechien die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

US-Wahlen 2008: neue Hoffnung für den Klimaschutz?

Das Thema steht auf der Agenda so weit oben wie nie zuvor

Noch nie stand der Klimaschutz in einem US-Wahlkampf so weit oben auf der Agenda. Im Mittelpunkt stehen nach wie vor die Wirtschaftskrise, der Krieg im Irak und die Zukunft des Gesundheitssystems. Doch anders als noch 2000 oder 2004 kann es sich niemand mehr leisten, das Thema zu vernachlässigen.

Sowohl die Demokraten Barack Obama und Hillary Clinton als auch der Republikaner John McCain ziehen daher mit einem Klimaschutzprogramm in den Präsidentschaftswahlkampf. Eine Erhebung des Pew Research Center vom Januar 2008 ergab, dass 47 Prozent der Demokraten, zwölf Prozent der Republikaner und 38 Prozent der parteilosen Wähler Klimaschutz oberste Priorität einräumen.

Vor allem die Demokraten rechnen sich daher Chancen aus, im Verlauf des Wahlkampfes mit Klimapolitik zu punkten. Dies gilt auch für die Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat, die ebenfalls am 4. November 2008 stattfinden.

Globales Problem erkannt

Doch welches klimapolitische Profil haben die Kandidaten genau? Im Gegensatz zum amtierenden Präsidenten Bush erkennen alle

drei den Klimawandel als globales Problem an und sprechen sich für den Emissionshandel sowie für Normen für effizientere Fahrzeuge aus.

Auf republikanischer Seite genießt John McCain eine gewisse Glaubwürdigkeit, da er schon 2001 für Emissionshandel und verbindliche CO₂-Obergrenzen eingetreten ist. Umweltverbände kritisierten jedoch sein anti-ökologisches Abstimmungsverhalten im Senat sowie sein Eintreten für den Ausbau der Atomkraft. Da McCain vielen republikanischen Wählern dennoch als zu progressiv in Umweltfragen gilt, dürfte er aus taktischen Gründen im weiteren Wahlkampf

eine noch wirtschaftsfreundlichere Tonlage anschlagen. Die umweltpolitischen Ambitionen von Clinton und Obama sind weitaus größer. Das konkreteste Klimaschutzkonzept hat Hillary Clinton. Sie setzt auf ehrgeizige CO₂-Reduktionsziele (minus 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990) und eine vollständige Versteigerung von Emissionszertifikaten.

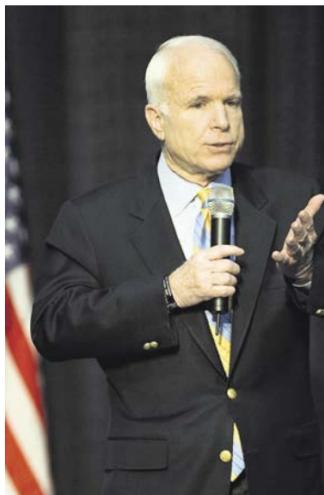
Kurswechsel absehbar

Die Aussagen von Barack Obama hingegen sind weniger konkret und nicht frei von Widersprüchen: Die Nutzung von Atomkraft sieht er als notwendiges Übel an, das umstrittene atomare Endlager in Nevada lehnt er aber ab. Als Se-

nator vertrat er in Illinois zudem häufig die Interessen der Kohleindustrie. Hoffnungsvoll stimmt, dass mit dem früheren US-Senator Tom Daschle einer der engsten Berater Obamas ein »fill-in-tarif«-Gesetz nach Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes einführen will.

Trotz dieser Schwächen sind alle drei Kandidaten der Bush-Regierung beim Klimaschutz weit voraus. Wer auch immer ins Weiße Haus einziehen wird – ein Kurswechsel ist absehbar.

Der Artikel basiert auf zwei Policy-Papers der Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de



Fotos: picture-alliance/dpa

Gesucht: Kyoto-Nachfolger

Der Weg zum Weltklimavertrag

Mit dem Kyoto-Protokoll läuft 2012 das wichtigste internationale Abkommen zum Klimaschutz aus. Dieser Vertrag schrieb erstmals verbindliche, wenn auch bescheidene Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen fest. Bislang weigerten sich jedoch unter anderem die USA als größter CO₂-Verursacher, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Auf internationaler Ebene wird deshalb heftig um Themen und Inhalte eines Nachfolge-Vertrages gerungen. Auf der UN-Klimakonferenz auf Bali im Dezember 2007 wurde hierfür ein erster Fahrplan beschlossen: Danach begutachtet Ende Dezember 2008 die UN-Klimakonferenz in Poznan erste Verhandlungsergebnisse. Im Dezember 2009 soll dann auf einem Gipfel in Kopenhagen das neue Abkommen verabschiedet werden, welches 2013 in Kraft treten würde.

Vor allem eine Frage steht bei den Verhandlungen im Mittelpunkt: Wie verbindlich sind die Zusagen, die in Kopenhagen verabschiedet werden? Verbindliche CO₂-Reduktionsziele verweigerten bis zuletzt vor allem die USA. Jetzt loten Unterhändler in zahlreichen Verhandlungsrunden die Positionen hierzu aus und suchen Kompromisse. Eine erste Runde in Bangkok ging soeben zu Ende: Dort forderte Japan von den Schwellenländern schärfere Klimaschutz-Maßnahmen, als ihnen auf Bali abverlangt wurde. Diese wiederum zeigten sich erneut offen und verhandlungsbereit. Mexiko schlug sogar einen Klimafonds vor, in welchen auch Schwellenländer einzahlen sollen.

Für uns Grüne ist darüber hinaus von großer Bedeutung, welche Unterstützung die Industrieländer als größte CO₂-Verursacher den ärmeren Regionen der Erde für eine klimaverträgliche industrielle Entwicklung geben werden. Auf Bali sagten die Industrieländer ihre prinzipielle Hilfe zu, deren Umfang ist nun Gegenstand der Verhandlungen. Von Ihnen wird ganz entscheidend die Bereitschaft der Schwellenländer abhängen, konkrete Klimaschutzverpflichtungen einzugehen. Die nächsten Monate versprechen, spannend zu werden: Bis zur nächsten UN-Konferenz in Poznan soll es zwei weitere Verhandlungsrunden geben, das nächste Treffen in Bonn im Juni wird dabei besondere Aufmerksamkeit erfahren. Vor allem aber vom zukünftigen Kurs der USA hängt vieles ab – dort finden Anfang November die Präsidentschaftswahlen statt.



Europa-Grüne: Gemeinsame Strategie

Die Europäische Grüne Partei (EGP) hat am 12. April in Ljubljana eine gemeinsame Klimaschutzstrategie verabschiedet.

Danach sollen die EU-Staaten bis 2020 mindestens 30 Prozent ihrer CO₂-Emissionen innerhalb ihrer Grenzen reduzieren. Gleichzeitig soll die EU zusätzliche 15 Prozent außerhalb ihrer Grenzen reduzieren, in dem sie Länder des Südens beim Klimaschutz technologisch und finanziell unterstützt.

Die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen der EU werden als unzureichend kritisiert. Sie wird aufgefordert, ihre Anstrengungen beim Energiesparen zu verstärken. Erneuerbare Energien sollen bis 2020 einen Anteil von 35 Prozent an der Stromerzeugung haben. Die Zertifikate für einen europaweiten Emissionshandel sollen ab 2013 vollständig versteigert werden.

www.europeangreens.org